

Kohle für Hitler

Der Donbass unter deutscher Besatzung

von Tanja Penter



Tanja Penter, geb. 1967 in Iserlohn, Dr. phil., Historikerin, Studium der Osteuropäische Geschichte, Germanistik, Mittleren und Neuere Geschichten sowie Slavistik in Köln, Odessa und Wolgograd. Promovierte 1999 an der Universität Köln mit einer Arbeit zur Geschichte der sozialen und nationalen Bewegungen in der Russischen Revolution von 1917; 2007–2010 Geschäftsführerin des internationalen Forschungsprojektes zur jüngsten Wiedergutmachung für ehemalige Zwangsarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum. 2008 Habilitation an der Universität Bochum mit einer Studie über die Arbeits- und Alltagserfahrungen der Bevölkerung im ukrainischen Donezbecken während des Stalinismus und der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Seit Mai 2010 Vertretungsprofessur für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Publikationen u.a.: *Odessa 1917. Revolution an der Peripherie, Köln u.a. 2000*; *Kohle für Stalin und Hitler. Leben und Arbeiten im Donbass 1929–1953, Essen 2010*.

Das Schicksal der Zwangsarbeiter ist in der westlichen Forschung zum Zweiten Weltkrieg seit der grundlegenden Arbeit von Ulrich Herbert aus dem Jahre 1985 immer mehr

zu einem zentralen Thema geworden und hat insbesondere im Zusammenhang mit den Debatten über eine Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter sowie dem daraus resultierenden Auszahlungsprogramm eine starke Konjunktur erfahren. In der umfangreichen Historiographie zur Zwangsarbeit wurde das Phänomen jedoch lange Zeit fast ausschließlich aus der Reichsperspektive wahrgenommen. Während die Verschleppung der »Ostarbeiter« und ihr Arbeitseinsatz in Deutschland mittlerweile relativ gut dokumentiert sind, ist die Arbeit der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen für die deutsche Kriegswirtschaft in den besetzten sowjetischen Gebieten bis heute immer noch ein wenig erforschtes Feld.¹ Dieser Mangel trug dazu bei, dass diese Gruppe bei den Entschädigungsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter nicht hinreichend berücksichtigt wurde.² Der folgende Beitrag möchte am Beispiel des im Südosten der heutigen Ukraine gelegenen Donezbeckens diese Forschungsperspektive aufgreifen.³

Der Donbass (so die russische Kurzform) war in den 1930er Jahren in der forcierten Industrialisierung unter Stalin zu einem der wichtigsten industriellen Zentren der Sowjetunion aufgestiegen. Vor dem deutschen Einmarsch wurden hier 85 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr, über 57 Prozent der sowjetischen Gesamtproduktion,

1 Im Rahmen eines Forschungsprogramms der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« werden aktuell mehrere Arbeiten zur Erforschung von Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten gefördert.

2 An der Ruhr-Universität Bochum untersucht ein internationales Forschungsprojekt die Durchführung, Wahrnehmung und Wirkung des letzten Entschädigungsprogramms für ehemalige Zwangsarbeiter in den Jahren 2000–2006.

3 Vgl. auch Tanja Penter, *Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953*, Essen 2010.

gefördert.⁴ Das Donezbecken erlangte daher sowohl für die sowjetische als auch für die deutsche Kriegswirtschaft eine zentrale Bedeutung. Unter deutscher Besatzung wurden Hunderttausende von Zwangsarbeitern ins Reich deportiert, während weitere Hunderttausende vor Ort für die deutsche Kriegswirtschaft ausgebeutet wurden.

Ende Oktober 1941 waren deutsche Truppen in den Donbass einmarschiert. Der westliche Teil des Gebiets stand über 22 Monate bis Anfang September 1943 unter deutscher Besatzung, die östlichen und südöstlichen Teile kamen erst im Laufe der Sommeroffensive 1942 hinzu und wurden bereits im Februar 1943 von der Roten Armee zurückerobert. Das Donezbecken verblieb über den gesamten Besatzungszeitraum unter der Verwaltung der Wehrmacht. Die Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus gewann im Zweiten Weltkrieg für die deutschen Besatzungsorgane zunehmend an Bedeutung, vor allem um weniger Kohle aus dem Reich antransportieren zu müssen. Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus wurde zunächst der Wirtschaftsstab Ost bzw. die ihm unterstellte Wirtschaftsinspektion Süd betraut. Im März 1942 übernahm dann die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO) die Steinkohlengruben im Donezbecken. Die BHO war im August 1941 als Monopolgesellschaft von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel sowie der Wirtschaftsgruppen Bergbau und eisenverarbeitende Industrie gegründet worden. Sie besaß in den besetzten sowjetischen Gebieten das alleinige Recht zur Betreibung und Nutzung der Werksanlagen des Kohlen- und Erzbergbaus sowie der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie. Die Organe der Gesellschaft unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Zum Leiter der BHO ernannte Hermann Göring den Generaldirektor der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger.⁵

An eine Kohlenförderung war jedoch zunächst nicht zu denken, da die Bergwerke von der Roten Armee bei ihrem Rückzug in großem Maße zerstört bzw. Anlagen abgebaut worden waren. Zur Wiederaufnahme der Förderung waren zunächst Instandsetzungsmaßnahmen größeren Umfangs erforderlich. Für den Wiederaufbau ließ die BHO Maschinen und Geräte im Wert von über 25 Millionen Reichsmark sowie etwa 1.800 deutsche Fachkräfte – zum großen Teil aus dem Ruhrbergbau

– als Aufsichtspersonal in den Donbass bringen. Ebenso bedeutsam war jedoch, dass sich die Deutschen auf die Mitarbeit einiger einheimischer Industriekader stützen konnten – einzelne dieser sowjetischen Bergbauspezialisten wurden nach dem Krieg von sowjetischen Militärtribunalen als Kollaborateure zu hohen Haftstrafen verurteilt.⁶ Ihre Kenntnisse über die Gegebenheiten untertage waren wichtig für den Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke, da die Rote Armee beim Rückzug nahezu alle Grubenbilder und Pläne mitgenommen hatte. Darüber hinaus halfen einige der Ingenieure bei der Rekrutierung der einheimischen Arbeitskräfte und beteiligten sich manchmal auch an der »Aussonderung von Juden und Kommunisten«.⁷

Während der Besatzungszeit gelang es der BHO, die Werke wieder in Betrieb zu nehmen und die Kohlenförderung deutlich zu steigern; bereits im Januar 1943 betrug diese wieder über 15.000 Tonnen am Tag. Das von der BHO seit Dezember 1942 angestrebte Förderziel von 30.000 Tonnen täglich wurde allerdings bei Weitem nicht erreicht. 30.000 Tagedonnen wären erforderlich gewesen, um die gesamten Kohlentransporte aus Oberschlesien, die den Hauptanteil des Nachschubs darstellten, zu ersetzen. Zum Vergleich: Die Gesamtförderung von 4,071 Millionen Tonnen im Besatzungszeitraum war weniger als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier und entsprach auch nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Millionen Tonnen.⁸ Obwohl im Donbass unter deutscher Herrschaft nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, führte dies dennoch zu einer nicht zu unterschätzenden Entlastung des Kohlenbergbaus im Reich, die bei einem anderen Kriegsverlauf noch wesentlich bedeutsamer gewesen wäre.⁹ Von entscheidender Bedeutung war dabei der Arbeitseinsatz von Sowjetbürgern.

Die wirtschaftliche Ausbeutungspolitik der Nationalsozialisten schloss von Anfang an auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung ein. Schon im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, eine

4 Vgl. Zentrales Staatsarchiv der Gesellschaftlichen Vereinigungen der Ukraine/Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'ednan Ukrainy (CDAHOU), F. 1, Op. 23, D. 613, Bl. 13.

5 Vgl. zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Donezbeckens unter der deutschen Besatzung Matthias Riedel, »Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941–1944)«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 21 (1973), S. 245–284; ders., *Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft*, Göttingen u.a. 1978, S. 310–337; Dietrich Eichholtz, »Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnepr-Donetz-Industriegebiet 1941–1943«, in: *Militärgeschichte*, Jg. 18 (1979), S. 281–296; ders., *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. II: 1941–1943*, Berlin 1985, S. 460–477.

6 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27 ff. Vgl. zur Verurteilung von Kollaborateuren in der Nachkriegssowjetunion Tanja Pentter, »Local Collaborators on Trial. Soviet war crimes trials under Stalin (1943–1953)«, in: *Cahiers du Monde russe*, Jg. 49, H. 2–3 (2008), S. 341–364.

7 Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k/Archiv Služby Bezopasnosti Ukrainy Doneckoj Oblasti (ASBUDO), F. 1, D. 26612; D. 42341; D. 66345; F. 2, D. 1339; CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27–41ob.

8 Vgl. Monatsbericht der BHO, Abt. Donezkohle vom November 1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 31/485; sowie Jahresbericht der BHO für 1942, in: Bundesarchiv (BA) Berlin, R 3101/34174; Bergbauarchiv Bochum (BBA) 20/241. NI-5261; BA-MA, RW 31/261 u. 441; Riedel, *Bergbau und Eisenhüttenindustrie*, S. 278 f.

9 Bericht des Wirtschaftsstabes Ost/Chefgruppe Arbeit zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: Russisches Staatliches Militärarchiv/Rossiiskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (RGVA), F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1.

allgemeine Arbeitspflicht für alle Einwohner der Ostgebiete im Alter zwischen 18 und 45 Jahren sowie einen Arbeitszwang für Juden im Alter von 14 bis 60 Jahren unter Androhung von massiven Strafen bei Nichteinhaltung eingeführt.¹⁰

Die Arbeitseinsatzpolitik der deutschen Besatzungsbehörden stand über den gesamten Besatzungszeitraum in engem Zusammenhang – und in mancher Hinsicht auch im Widerspruch – zu ihrer Ernährungspolitik. Mit dem Ziel, die Versorgung der Truppe aus dem Lande sicherzustellen und zudem ein Höchstmaß an Lebensmitteln ins Reich abzutransportieren, war im Frühjahr 1941 zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Durchführung einer selektiven Hungerstrategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung vereinbart worden. Diese beinhaltete vor allem das Aushungern der landwirtschaftlichen »Zuschussgebiete«, insbesondere der größeren Städte und Industrieregionen, während der Landbevölkerung aus pragmatischen Überlegungen eine elementare Selbstversorgung zugestanden wurde.¹¹ Den Hungertod einiger Millionen Menschen nahmen die Strategen dieser Politik bewusst in Kauf. In der Praxis erwies sich der »Hungerplan« aber schon bald als nicht durchführbar. Von den mit seiner praktischen Durchführung beauftragten Besatzungsorganen kamen daher auch immer wieder Anstöße zu einem Richtungswechsel, häufig unter pragmatischen Gesichtspunkten. Vor allem der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort sowie für den Reichseinsatz spielte dabei eine wichtige Rolle. Die selektive Hungerpolitik gegenüber der Stadtbevölkerung wandelte sich zunehmend zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber allen Nicht-Arbeitenden.¹²

Um dem Nahrungsmangel in den Städten zu entfliehen, versuchte ein Großteil der Bergbaubevölkerung in den ersten Besatzungsmonaten auf das Land abzuwandern oder sich durch Tauschgeschäfte mit der Landbevölkerung Lebensmittel zu verschaffen. Angesichts von Zuteilungen im Umfang von täglich 325 Gramm Brot pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung (ohne Verpflegung der Familienangehörigen) war die Arbeit im Bergbau unattraktiv. Die neben den geringen Lebensmittelrationen an die arbeitende Bevölkerung gezahlten Löhne, die sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen orientierten, standen

in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen auf den entstehenden Schwarzmärkten.¹³ Im April meldete die Wirtschaftsinspektion Süd zur Lage der etwa 24.000 bei der BHO beschäftigten Bergleute: »Der Ernährungszustand der Leute ist zum Teil derartig schlecht, dass sie vor Entkräftung kaum arbeiten und vielfach nur durch Zwang zum Erscheinen zur Arbeit veranlasst werden können.«¹⁴ Aus einzelnen Bergbausiedlungen berichteten die militärischen Verwaltungsbehörden im März 1942 von »deutlichen Anzeichen des langsamen Verhungerns – Aufschwellen«, mit anderen Worten: Hungerödemen.¹⁵

In Char'kiv forderte der Hungerwinter 1941/42 Tausende von Opfern. Dagegen war in Stalino die Zahl der Hungertoten offenbar deutlich geringer. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die »Hamsterfahrten« der Stadtbevölkerung auf das Land in Stalino, anders als in Char'kiv, von den Besatzungsbehörden nicht unterbunden, sondern zunächst weitgehend zugelassen wurden.¹⁶ In einem Bericht der Oberfeldkommandantur (OFK) Donez vom 24. September 1942 heißt es dazu: »Die reiche Natur der Ukraine hat bisher auch den Nichtversorgten die Aufrechterhaltung ihrer Existenz ermöglicht. Allerdings konnte das nur dadurch erreicht werden, dass man den starken Wanderverkehr der städtischen Bevölkerung aufs Land zum Zweck der Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht unterbunden hat.«¹⁷ Bei diesen Wanderungen legte die Bevölkerung manchmal mehrere Hundert Kilometer zu Fuß zurück. Der Zeitzeuge Jakov Gorin erinnert sich: »Das Leben war sehr hart, besonders für Frauen mit Kindern. Im Winter gingen sie, komme was da wolle, aufs Dorf, um Lebensmittel einzutauschen. Viele erfroren auf dem Weg dorthin und wurden tot zurückgebracht.«¹⁸

Unter diesen Bedingungen war es für die deutschen Besatzungsbehörden zunächst schwer, Arbeitskräfte zu rekrutieren. Sie taten dies über eigens zu diesem Zweck von den Wirtschaftskommandos geschaffene Arbeitsämter. Diese Arbeitsämter gehörten zu den ersten Verwaltungseinrichtungen, die in den neu besetzten Gebieten ihre Tätigkeit aufnahmen. Sie waren in der Regel nur mit einem oder zwei deutschen Beamten besetzt, denen nicht selten Hunderte von einheimischen Kräften unterstanden. Die Hauptaufgabe der

10 Vgl. *Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944)* [Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5], Berlin 1991, S. 28–30; »Grüne Mappe«, Teil I, S. 16–19, Teil II, S. 49–50, in: BA Berlin, R 26IV/33a.

11 Vgl. zu diesem Stadt-Land-Gegensatz: Tanja Pentter, »Arbeiten für den Feind in der Heimat – Der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine, 1941–1944«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, H. 1 (2004), S. 65–94.

12 Vgl. zur Hungerpolitik ausführlich: Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2008, S. 183–200; *Der Angriff auf die Sowjetunion. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 989–1022; Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998; *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges* (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002, S. 287–360.

13 BA-MA, RW 31/262, 409 u. 431; RH 22/91; Staatsarchiv des Gebietes Donec'k/ Deržavnyj Archiv Doneckoj Oblasti (DADO), F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24–26.

14 Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von April 1942, in: BA-MA, RW 31/431.

15 KTB 2, Anlage 18, in: National Archives (NA), T 77, roll 1103.

16 Nach Angaben der ukrainischen Stadtverwaltung fielen der Hungerkatastrophe bis September 1942 mindestens 11.918 Menschen zum Opfer. Char'kiv wurde von der deutschen Militärverwaltung systematisch abgeriegelt und in ein »Hungerghetto« verwandelt. Vgl. dazu *Verbrechen der Wehrmacht*. Ausstellungskatalog, S. 328–346. Genaue Zahlen für Stalino liegen in den verfügbaren Akten nicht vor. Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von Mai und Juni 1942, in: BA-MA, RW 31/431.

17 Vgl. BA-MA, RH 22/91.

18 Interview mit Jakov M. Gorin, aufgezeichnet im April 2002 in Donec'k.



oben links: Entlassung kriegsgefangener Sowjetsoldaten aus der Ukraine in den Arbeitseinsatz, 1941 (zeitgenössisches Propagandafoto). Foto: bpk

oben rechts: Deutsche Arbeitsvermittlerinnen weisen ukrainischen Frauen Stellen zu, Frühjahr 1942 (zeitgenössisches Propagandafoto).
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

links: Hermann Göring (in heller Uniform) begrüßt Paul Pleiger, 1943.
Foto: bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

unten: Ukrainische Zwangsarbeiterinnen vor der Abfahrt nach Deutschland, 1942 (zeitgenössisches Propagandafoto). Foto: ullstein bild – SZ Photo



Arbeitsämter war die restlose Erfassung aller freien Arbeitskräfte und die Deckung des lokalen Arbeitskräftebedarfs sowie seit 1942 auch des Bedarfs an Zwangsarbeitern für das Reich.

Die Registrierung der Bevölkerung bei den Arbeitsämtern erfolgte aus den genannten Gründen zunächst schleppend. Zur »Bekämpfung des Arbeitsunwillens« der Bevölkerung setzten die Arbeitsämter daher bald Zwangsmaßnahmen ein, wie Razzien durch die ukrainischen Polizeikräfte, Passkontrollen, Einführung der Prügelstrafe, Verhängung von Haftstrafen bis zu 14 Tagen und Einrichtung von Arbeitslagern. Manchmal ließen die Arbeitsbehörden auch den SD mit »drakonischen Strafen« eingreifen.¹⁹ Der Zeitzeuge Viktor Smal'ko berichtet, dass sein Vater vor seinen Augen von den Deutschen zu Tode geprügelt wurde, weil er sich weigerte, auf seinem alten Arbeitsplatz als Gießer in der Metallfabrik zu arbeiten.²⁰ In der Stadt Krasnoarmejsk wurde ein Arbeits- und Erziehungslager für Personen eingerichtet, die die Arbeit verweigerten und sich der »neuen Ordnung« widersetzen.²¹

Die Deportationen ins Reich

Es mag überraschen, aber die Deportation ins Reich erschien zumindest Teilen der einheimischen Bevölkerung in der Anfangszeit vorteilhafter als der »hungrige« Arbeitseinsatz vor Ort. Dies lag vor allem daran, dass die Werber-Kommissionen mit deutlich höheren Verpflegungssätzen warben und zudem die Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen versprachen. Am 15. Februar 1942 ging der erste Transport mit über 1.000 Facharbeitern von Stalino ins Reich. Bis Ende des Monats meldeten sich in Stalino über 20.000 Menschen »freiwillig« für den Einsatz im Reich, vor allem wegen der schwierigen Ernährungsverhältnisse vor Ort.²² Manche hatten sich blenden lassen von der propagandistischen Besatzungspresse, die ein glanzvolles, völlig verzerrtes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen der »Ostarbeiter« in Deutschland zeichnete. Insgesamt wurden aus dem Donezbecken – nach sowjetischen Angaben – über 330.000 Menschen als »Ostarbeiter« ins Reich verschleppt; davon 252.239 aus dem Gebiet Stalino und 74.047 aus dem Gebiet Vorošilovgrad. Aus dem Zuständigkeitsbereich der gesamten Wirtschaftsinspektion Süd wurden

von Januar 1942 bis September 1943 über 700.000 Menschen ins Reich deportiert. Über die Hälfte der Verschleppten waren Frauen.²³

Die Zahl der »Freiwilligen« für den Reichseinsatz ging schnell zurück, als sich herausstellte, dass das Versprechen, die zurückgebliebenen Angehörigen zu versorgen, von den Besatzungsbehörden nicht eingehalten wurde. Auch Nachrichten über die katastrophalen Lebensbedingungen der »Ostarbeiter« im Reich verbreiteten sich schnell unter der Bevölkerung im besetzten Gebiet.²⁴ Bereits im April 1942 berichtete die Wirtschaftsinspektion Süd, dass Arbeitskräfte für das Reich mithilfe der lokalen Polizei zwangsweise rekrutiert werden mussten. Seit Sommer 1942 gerieten die Rekrutierungen für den Reichseinsatz zunehmend in Konkurrenz zu dem steigenden lokalen Bedarf, insbesondere an Fachkräften. Im April 1942 hatte die BHO daher gegenüber Vertretern des Wirtschaftsstabes Ost und der Vierjahresplanbehörde gefordert, dass die für sie tätigen Bergleute nicht von den Emissären des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, (»Sauckel-Kommissionen«) abgeworben werden dürften. Zudem setzte sich die BHO seit Juni 1942 beim Reichswirtschaftsministerium und beim Wirtschaftsstab Ost massiv dafür ein, die Ernährung der Bergleute zu verbessern. Sie verlangte für die im Donezbergbau tätigen Arbeitskräfte die gleichen Verpflegungssätze, wie sie die sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen im deutschen Bergbau erhielten. Bis dahin hatten die Bergleute gemäß den Verpflegungssätzen des Wirtschaftsstabes Ost für Schwerarbeiter weniger bekommen als der russische Normalarbeiter in Deutschland und weniger als die Hälfte des russischen Bergarbeiters im Reich. Vielfach waren sogar diese Sätze nicht zur Ausgabe gekommen.²⁵ Paul Pleiger erreichte, dass Hitler am 1. Juli einen »Führerbefehl« unterzeichnete, in dem er den schnellen Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezgebiet als »eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten und die Ausnutzung des russischen Raumes für die deutsche Kriegswirtschaft« anerkannte. Zu den dort angeordneten Sondermaßnahmen zählte auch die Sicherstellung der Ernährung für die Bergleute.²⁶ In der Folge verbesserte sich die Verpflegung zumindest der zivilen Bergleute und ihrer Angehörigen offenbar deutlich, vor allem dadurch, dass die Rationen nun auch tatsächlich ausgegeben wurden.²⁷

Die Belegschaft des Steinkohlenbergbaus erfuhr seit Juli 1942 einen deutlichen Zustrom und stieg bis November auf über 100.000

19 Vgl. Bericht der Gruppe Arbeit beim Wirtschaftsstab Ost vom 20. November 1941, in: BA-MA, RW 31/243, Bl. 158–162; Schlussübersicht über den Kriegseinsatz 1941 der Wirtschaftsinspektion Süd, in: NA, T77, roll 1103; Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von März 1942, in: BA-MA, RW 31/431; KTB Wirtschaftsinspektion Süd vom 21. Januar und 2., 3., 5., 6. Februar 1942, in: NA, T77, roll 1103.

20 Interview mit Viktor Smal'ko im Oktober 2004 in Donec'k.

21 Vgl. Archiv der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« in Berlin, Bestand »sonstige Haftstätten«, Historische Fragen Ukraine (505.16).

22 Vgl. *Doneckij Vestnik*, 29. Januar 1942; 1. Februar 1942; 15. Februar 1942; 9. August 1942; BA-MA, RW 31/410.

23 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1478, Bl. 7; BA-MA, RW 31, 418.

24 Vgl. Lageberichte der Wirtschaftsinspektion Süd für April und Mai 1942, in: BA-MA, RW 31/431.

25 Vgl. BA-MA, RW 31/339 u. 344; RH 22/92; BA, R 3101/31156; Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. März 1942, in: BA, R 58/221, Bl. 184.

26 Im Hinblick auf den konkreten Umfang der Verpflegungsrationen existieren in den Akten mindestens zwei Varianten des Befehls; in beiden Fällen wurde jedoch eine Besserstellung gegenüber den zuvor geltenden Sätzen erreicht. Vgl. BA-MA, RH 22/92; RW 31/976.

27 Vgl. BA-MA, RW 31/344 u. 414.

an. Das hatte vor allem drei Ursachen: Erstens kehrten durch die Sicherstellung der Ernährung zahlreiche Bergleute freiwillig zu ihren Gruben zurück. Zweitens waren im Zuge der Sommeroffensive im östlichen Donezbecken neue Bergbaugebiete hinzugekommen, die allerdings ebenfalls sehr große Zerstörungen durch die Rote Armee aufwiesen. Der Verlust dieser Gebiete bereits im Februar 1943 erklärt auch das neuerliche starke Absinken der Belegschaftskurve im März 1943. Ein dritter Grund bestand darin, dass seit Juli 1942 erstmals auch sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden.²⁸

Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Bergbau

Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in den Bergwerken gehört zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Besatzung im Donbass. Laut »Führerbefehl« vom 1. Juli 1942 sollten 60.000 Kriegsgefangene für den Bergbau bereitgestellt werden. Diese Zahl wurde jedoch nicht erreicht. Ende September 1942 befanden sich in den Lagern etwa 39.000 Kriegsgefangene, von denen jedoch wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes, mangelnder Kleidung und fehlender Bewachungskräfte nur etwas mehr als die Hälfte zur Arbeit eingesetzt werden konnte. Für die Durchführung des Kriegsgefangenen-einsatzes, Unterbringung, Bewachung und Ernährung war die OFK 397 zuständig, die seit November 1942 dem Oberkommando des Heeres (OKH) direkt unterstellt war.²⁹ Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen war extrem hoch und betrug nach Angaben der OFK Donez im November 1942 in den Bergbau-Stammlagern (Stalag) über 12 Prozent monatlich. In vielen Lagern grassierten Fleckfieber und Typhus.³⁰ Der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Nagel äußerte zur hohen Sterblichkeit der Kriegsgefangenen auf der Kommandeur-Haupttagung im November 1942:

»Ich werde den Gedanken nicht los, als ob bei der Ernährung der Kriegsgefangenen die unbedingt nötige Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Arbeitskraft vielfach vergessen worden ist. Manches wird hier schwer wiedergutzumachen sein. Es wird auch nicht immer an den Verpflegungsmengen liegen, die für die Kriegsgefangenen ausgeworfen sind, sondern oftmals mehr daran, ob die ihnen zustehenden Mengen auch wirklich ausgegeben und in nutzbarster Form zubereitet und verabfolgt sind. Die vielfachen Krankheitserscheinungen und die hohe Sterblichkeit in vielen Lagern lassen den Schluss zu, dass hier zu irgendwelchen Zeiten nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind.«³¹

Für die Bergbaubetriebe erwies sich der Einsatz von Kriegsgefangenen als vollkommen unrentabel, obwohl ein Kriegsgefangener das Unternehmen nur etwa halb so viel kostete wie ein Zivilarbeiter. Die Arbeitsleistung von Kriegsgefangenen war aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes und fehlender Bergbau-Qualifikation sowie geringer Arbeitsmotivation zumeist sehr gering. Zudem durften Kriegsgefangene aus Sicherheitsgründen unter Tage nicht zu Nachtschichten eingesetzt werden, was für die Bergwerke ein betriebliches Problem darstellte.³² Bis März 1943 waren Kriegsgefangene daher wieder nahezu völlig aus der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus verschwunden. Man hatte sie in noch größerem Maße als die zivilen Arbeitskräfte im Donezbergbau einfach »verheizt«, ohne dass ihre Arbeitskraft dabei für den Bergbau besonders produktiv gewesen wäre, wie der Bergassessor Wilhelm Berkenkamp, der von Juli 1942 bis September 1943 für die BHO eine Bergbau-Direktion im Donezbecken leitete, im November 1942 in einem Brief in die Heimat bemerkte: »Der Einsatz der Kriegsgefangenen ist ein Kapitel für sich. Die Leute sind halbverhungert und schleichen durch die Gegend. An den Arbeitsstellen liegen sie mehr, als dass sie stehen und arbeiten. Die Abgänge durch Krankheit, Tod und Fluchten sind groß.«³³ Von den unmenschlichen Zuständen, die in den Kriegsgefangenenlagern in Stalino herrschten, zeugen die Erinnerungen der wenigen Überlebenden:

»Auf dem Gelände des Lenin-Clubs existierte ein Kriegsgefangenenlager mit Lazarett, das zeitweilig bis zu 20.000 Kriegsgefangene beherbergte. Die Gebäude, in denen die Kriegsgefangenen untergebracht waren, besaßen keine Glasscheiben. Zum Aufwärmen der Gebäude, in denen sich bis zu 1.000 Menschen befanden, wurden am Tag fünf Kilogramm Kohle ausgegeben. Es kam zu Fällen massenweisen Erfrierens. Es gab keine Waschküchen. Die Leute wuschen sich oft ein halbes Jahr nicht und litten an einer riesigen Zahl von Parasiten. In den heißen Sommermonaten erhielten die unter der Hitze leidenden Kriegsgefangenen oft drei bis fünf Tage kein Trinkwasser. Bei jedem kleinsten Anlaß wurden sie von den Deutschen mit Stöcken und Kolben verprügelt. [...] Es gab am Tag 1.200 g Brot für acht Personen. Das Brot wurde aus qualitativ schlechtem, verbrannten Mehl gemacht. Zudem gab es einmal täglich eine warme Suppe aus einer geringen Menge verbrannter Kleie, manchmal mit Zugabe von bis zu einem Liter Holz-Sägemehl. [...] Als Resultat eines solchen Regimes war die Sterblichkeit im Lager sehr hoch, erreichte bis zu 200 Menschen täglich.«³⁴

Nach sowjetischen Angaben kamen allein im Gebiet Stalino (Donez'k) im Besatzungszeitraum bis zu 150.000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben.³⁵ Sie stellten damit in der Region die

28 BA-MA, RW 31/433; RH 22/92.

29 BA-MA, RW 31/976, 433, 343 u. 418; RH 22/92, Bl. 34–35.

30 BA-MA, RW 31/434, 976, 343, 418, 421 u. 485; BA, R 3101/34174.

31 BA-MA, RW 31/417.

32 BA-MA, RW 31/485 u. 434.

33 BBA, 55/2579.

34 ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 154, 180.

35 Ol. Ionov: *Zločynystva Nimciv u Donbasi* [Verbrechen der Deutschen im Donbass], Kiev 1946, S. 15. Vgl. zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen

größte Opfergruppe dar. Ihr Massensterben vollzog sich vor den Augen der lokalen Bevölkerung und ist bis heute in den Erinnerungen von Zeitzeugen nicht selten präsenter als die Ermordung der Juden.³⁶ Die Erforschung des Massensterbens und des Arbeitseinsatzes von sowjetischen Kriegsgefangenen im besetzten Gebiet stellt ein Desiderat der Forschung dar, umso mehr, da sowjetische Kriegsgefangene von den Entschädigungsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter ausgeschlossen waren und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vielfach bis heute keine Rehabilitierung und Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erfahren haben.

Leistungsanreize und Terrormaßnahmen

Die Arbeitseinsatzpolitik der Besatzungsbehörden vollzog angesichts des Arbeitskräftemangels einen deutlichen Wandel. Sie konzentrierte sich nun zum einen auf die »Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskräfte« und zum anderen auf ihre möglichst vollständige Erfassung.³⁷ Zur Steigerung der Arbeitsleistung erhöhte man nicht nur die Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden, seit Jahresende 1942 wurden zudem in vielen Betrieben Akkordarbeit und Leistungsprämien eingeführt, und man griff sogar auf alte sowjetische Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung zurück. Um den wachsenden Arbeitskräftebedarf vor Ort und im Reich zu decken, setzten die Wirtschaftsbehörden zudem verstärkt Zwangsmaßnahmen ein. Freiwillige Meldungen für den Reichseinsatz gab es bereits im Winter 1942 kaum noch. Auf Anordnung Sauckels wurden im April 1943 von den Arbeitsbehörden erstmals ganze Geburtsjahrgänge ausgehoben.³⁸ Das Ergebnis blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück:

»Die Bevölkerung nimmt allgemein eine ablehnende Haltung zum Reichseinsatz ein. Es ist ihr jedes Mittel recht, um sich der Arbeit im Reich zu entziehen. Die Androhung von Strafen, selbst der Todesstrafe, macht keinen merklichen Eindruck. Um sich der Musterung zu entziehen, verlassen die Dienstpflichtigen vielfach ihre bisherigen Arbeitsstätten und Wohnungen. Zuweilen verschwinden ganze Familien, um dem Rückgriff auf Angehörige zu entgehen.«³⁹

Große Ausfälle verursachte zudem der schlechte Gesundheitszustand der Musterungspflichtigen, sodass an einigen Orten gerade

einmal ein Fünftel der Gemusterten überhaupt für den Reichseinsatz geeignet war. Aus Angst vor der Verschleppung war bei den Wehrpflichtigen die Praxis verbreitet, sich selbst zu verletzen oder zu vergiften. Außerdem entzog sich ein erheblicher Teil der Gemusterten dem Reichseinsatz durch Flucht.⁴⁰

Der Arbeitseinsatz vor Ort zeigte ein ähnliches Bild: Auch dort konnten Arbeitskräfte im Frühjahr 1943 nur noch unter Anwendung massiven Zwangs rekrutiert werden. Die einheimische Polizei führte an öffentlichen Plätzen Razzien und Menschenjagden auf Sowjetbürger durch oder riegelte ganze Wohnblöcke ab, um dort bei Nacht die Wohnungen zu durchsuchen.⁴¹ Allerdings vermitteln die Quellen den Eindruck, dass der Reichseinsatz der Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits weitaus verhasster war als der Einsatz vor Ort. Die Arbeit im lokalen Bergbau versprach sogar einen gewissen Schutz vor der Verschickung ins Reich.

Um den Facharbeitermangel zu beseitigen, versuchten die Arbeitsbehörden die aufs Land abgewanderten Facharbeiter systematisch zu erfassen und zurückzuführen. Mehrere Tausend Bergleute wurden zudem aus feindgefährdeten oder zeitweilig geschlossenen Bergbaugebieten des Donbass im Frühjahr und Sommer 1943 in andere Bergbaudirektionen umgesiedelt, was in der Regel die »Anwendung schärfsten Zwangs« erforderte. Außerdem wurden die gewerblichen Betriebe von speziellen »Auskämm«-Kommissionen auf den »sparsamen und zweckentsprechenden Einsatz der vorhandenen Kräfte« hin überprüft. Alle berufsfremd beschäftigten Bergleute sollten in den Bergbau zurückgeführt werden, und auch die Lehrlingsausbildung erfuhr verstärkte Aufmerksamkeit. Um Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin zu ahnden, wurden zudem vermehrt Arbeitserziehungslager eingerichtet, die in der Bevölkerung gefürchtet waren.⁴² Wachsende Bedeutung gewann auch der Arbeitseinsatz von Frauen. Im Bergbau war der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Besatzungszeitraum ständig angestiegen und erreichte im Juli 1943 immerhin 28,5 Prozent – damit lag er sogar etwas höher als in der Vorkriegszeit. In den besetzten Gebieten arbeiteten Frauen im Bergbau auch unter Tage, während dieser Arbeitsbereich im Reich eine »Männerdomäne« blieb.⁴³

Ausblick: Opfer zweier Diktaturen

Die zentrale Bedeutung des »Produktionsfaktors Mensch« für die deutsche Kriegswirtschaft und der große wirtschaftliche Nutzen des Arbeitseinsatzes von Sowjetbürgern für das Reich sind in der Forschung heute unbestritten. Noch kaum erforscht ist hingegen

in der Ukraine auch Karel C. Berkhoff, »The »Russian« Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre«, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Jg. 15 (2001), S. 1–32.

36 Vgl. dazu die Ergebnisse eines von der Verf. gemeinsam mit Dmytro Tytarenko durchgeführten Oral-History-Projektes mit Zeitzeugen im Donbass (2001–2007). Die Ergebnisse werden voraussichtlich noch in diesem Jahr in russischer Sprache publiziert.

37 Vgl. dazu NA, T 77, rolls 1104, 1105; BA-MA, RW 31/418 u. 434.

38 BA-MA, RW 31/434, 418, 421 u. 423.

39 Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd für Mai 1943, in: BA-MA, RW 31/439.

40 BA-MA, RW 31/477, 423 u. 439.

41 ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 259; T. 3, Bl. 195; T. 4, Bl. 103; T. 5, Bl. 11.

42 BA-MA, RW 31/418, 423, 424, 426, 428 u. 439.

43 BA-MA, RW 31/421, 424 u. 441; NA, T77, rolls 1105, 1106.

die Frage nach den Rückwirkungen dieses Arbeitseinsatzes auf die sowjetische Nachkriegsgesellschaft, die – ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden – beträchtlich zu sein scheinen. Diejenigen, die für den Feind gearbeitet hatten, standen nach dem Krieg unter dem Pauschalverdacht des »Vaterlandsverrats«. Zahlreiche Sowjetbürger, die in leitender Funktion mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, wurden von sowjetischen Militärtribunalen als »Kollaborateure« verurteilt. Aber insbesondere auch die heimkehrenden »Ostarbeiter« und Kriegsgefangenen bekamen das Misstrauen der Regierung und der Behörden nach ihrer Repatriierung in Form von Repressalien und Diskriminierungen zu spüren. Viele ehemalige Zwangsarbeiter mussten nach ihrer Heimkehr in die Sowjetunion dort erneut Zwangsarbeit beim Wiederaufbau leisten, beispielsweise in den Kohlenbergwerken des Donbass. Sie erfuhren Stigmatisierungen und berufliche Diskriminierungen, die bis zum Ende der Sowjetzeit andauerten. Die Heimkehrer wurden somit Opfer zweier Diktaturen.

Die Diskriminierungen und Stigmatisierungen betrafen nicht nur die aus dem Reich repatrierte »Ostarbeiter« und Kriegsgefangene, sondern auch mehrere Millionen Einwohner der besetzten Gebiete, bei denen ab 1943 ein diesbezüglicher Vermerk im Ausweis vorgenommen wurde. Dieser Vermerk konnte Karrierechancen unter Umständen

einschränken oder andere Probleme mit sich bringen. Jemand, der in den obligatorischen Fragebögen angab, dass er im besetzten Gebiet gelebt hatte, besaß kaum eine Chance, von einer höheren Bildungseinrichtung zum Studium angenommen zu werden oder auf anderem Wege in eine berufliche Leitungsposition zu gelangen. Valentina Ivanovna aus Donec'k etwa, die die deutsche Besatzung als 14-Jährige miterlebte, erinnert sich an die Nachkriegsjahre: »Die Diskriminierung zeigte sich nicht so offen. Das war mehr unterschwellig. Aber der Mensch spürte, dass er kein vollwertiges Mitglied des Kollektivs war. An meinem Arbeitsplatz als Buchhalterin habe ich immer gespürt, dass die Haltung mir gegenüber nicht so war wie gegenüber den Evakuierten.«⁴⁴

Es gehört zudem zu den Besonderheiten der sowjetischen Entwicklung, dass bis zum Ende der Sowjetunion keine größere öffentliche Debatte über das Thema NS-Zwangsarbeit stattgefunden hat und dass die Diskussion in der ausgehenden Sowjetunion maßgeblich durch deutsche Entschädigungsdebatten und -programme angestoßen wurde.

44 Vgl. Interview mit Valentina Ivanovna (geb. 1927), aufgezeichnet im Dezember 2003 in Donec'k.

Neuer Blick auf die jüdische Geschichte und Kultur



Mehr: www.metzlerverlag.de/EJGK

Von Europa über Amerika bis zum Vorderen Orient, Nordafrika und anderen außereuropäischen jüdischen Siedlungsräumen erschließt die Enzyklopädie in sechs Bänden und einem Registerband die neuere Geschichte der Juden von 1750 bis 1950. Rund 800 Stichwörter präsentieren den Stand der internationalen Forschung und entwerfen ein vielschichtiges Porträt jüdischer Lebenswelten.

Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur

Gesamtwerk in 7 Bänden inkl. Registerband
Im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften

herausgegeben von Dan Diner

2011. Ca. 4.200 S., 360 S/w Abb., 42 Karten.

Geb., Leinen mit Prägung.

€ 1.399,65 • ISBN 978-3-476-02500-5

Pro Jahr erscheinen zwei Bände.



info@metzlerverlag.de
www.metzlerverlag.de

J.B. METZLER